



Nr. 1

10. Januar 2025

Inhalt

dbb Jahrestagung 2025 eröffnet

[Investitionen in „Straßen, Schulen und Schutzpolizei statt Schuldenfetisch“](#)

Karenztag

[Geyer warnt vor steigendem Risiko für Arbeitsunfälle](#)

Zahlen, Daten, Fakten

[dbb Monitor öffentlicher Dienst 2025 erschienen: Der Personalmangel wächst](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

[BBW trauert um seinen Ehrenvorsitzenden Horst Bäuerle](#)

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

[Aufruf zu einem weiteren Streik bei der Deutschen Post](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Jahrestagung 2025 eröffnet Investitionen in „Straßen, Schulen und Schutzpolizei statt Schuldenfetisch“

Der dbb hält massive Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge für notwendig – und hat dabei die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung auf seiner Seite.

Investitionen in den Ausbau der staatlichen Daseinsfürsorge, wie etwa in Bildung, Sicherheit und Infrastruktur, halten 67 Prozent der Bevölkerung für sehr wichtig. Demgegenüber halten nur 20 Prozent der Befragten die Beibehaltung der Schuldenbremse und den Abbau von Altschulden oder allgemeine Steuersenkungen für sehr wichtig. Diese vom Meinungsforschungsinstitut forsa erhobenen Zahlen hat der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer bei der Eröffnung der dbb Jahrestagung am 6. Januar 2025 in Köln vorgestellt. „Die Menschen wollen keinen Schuldenfetisch, die Menschen wollen Straßen, Schulen und Schutzpolizei“, machte Geyer entsprechend gegenüber Spitzen aus Politik und Verwaltung deutlich. „Schuldenbremse hin oder her: Diese Investitionen müssen Priorität haben!“

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates sei auf einem historischen Tiefstand, erinnerte Geyer an entsprechende Erhebungen aus dem vergangenen Sommer. Die Folgen seien gefährlich. „Wo das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen schwindet, da schwindet auch der Respekt vor seinen Beschäftigten. Und wo der Respekt schwindet, da wird der Weg zur Gewalt immer kürzer“, so der dbb Vize. Das hätten etwa die jüngsten Angriffe auf Einsatzkräfte in der Silvesternacht einmal mehr deutlich gemacht. Die Erwartung an die Politik sei daher, für funktionierendes Gemeinwesen zu sorgen. Geyer: „Dazu gehört die Stadtbücherei. Das Schwimmbad. Die Schule. Die Polizei. Die Straße. Die Bahn. Kurz: Zu einer Demokratie gehört ein funktionierender Staat!“

Der dbb erwarte erste konkrete Schritte bereits in der Ende Januar beginnenden Einkommensrunde mit Bund und Kommunen, so Geyer. Hier fordert der dbb Entgelterhöhungen im Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich sowie mehr Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten. Für die Beamtinnen und Beamten des Bundes drängt der dbb weiterhin auf eine verfassungskonforme Besoldung sowie eine Rückführung der Wochenarbeitszeit von 41 auf 39 Stunden.

Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat, lobte in ihrer Rede die Leistungen des öffentlichen Dienstes und sprach sich für mehr Schutz und Investitionen aus. „Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat der Demokratie und des Rechtsstaates und ist ein Garant für Sicherheit und den Schutz der Freiheiten“, sagte Faeser in Köln. „Mein Dank gilt den fünf Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.“ Auch sie sehe, dass sowohl der öffentliche Dienst als auch die Demokratie unter Druck stehen: „Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen, ist nicht einfacher geworden. Wir haben auch im öffentlichen Dienst Fachkräftemangel und konkurrieren mit der freien Wirtschaft.“ Damit Deutschland gut aufgestellt ist, brauche es auch einen gut aufgestellten öffentlichen Dienst.

Dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Leistungsfähigkeit des Staates nachlässt, könne sie im Licht der Zeitenwende nachvollziehen. „Wichtig ist, dass die Politik, die Bürgerinnen und Bürger nicht mit ihren Sorgen allein lässt. Der Staat muss in Krisenzeiten Orientierung bieten.“ Gleichzeitig gehe der Respekt und der positive Umgang immer mehr verloren. Als Beispiel nannte sie die Gewalt an Silvester: „Einsatzkräfte wurden an ihrer Arbeit gehindert und sogar angegriffen. Das ist völlig inakzeptabel und muss harte Konsequenzen haben.“ Gewalt betreffe aber auch die Beschäftigten in der Verwaltung. Der BMI-Gewaltstudie zufolge habe bereits jede beziehungsweise jeder vierte Beschäftigte in der Verwaltung Gewalt erlebt. Um das einzudämmen, müssen unter anderem präventive Strategien entwickelt werden. „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind das Gesicht des Staates und verdienen mehr Schutz.“

Mit Blick auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaft einerseits sowie Bund und Kommunen andererseits sprach Faeser von herausfordernden Rahmenbedingungen. Es könne aber gelingen, „einen Interessensausgleich zu finden, ohne den Pfad des Konstruktiven zu verlassen.“ An ein paar Stellen sei sie sich mit dem dbb sogar einig: „Für einen starken öffentlichen Dienst braucht es ausreichend Geld und Personal. Aber nicht nur das, auch die Arbeitsbedingungen müssen

stimmen.“ Eine Zeit lang sei es schick gewesen, im öffentlichen Dienst zu sparen, jetzt aber sei es an der Zeit für Investitionen.

Alle Meldungen, Videos und Hintergrundinformationen zur dbb Jahrestagung gibt es unter www.dbb.de/jahrestagung.

Karenztag

Geyer warnt vor steigendem Risiko für Arbeitsunfälle

In der Debatte um die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall warnt der dbb vor den Folgen – auch für die Betriebssicherheit.

„Die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ist eine soziale Errungenschaft, die den Druck vom Beschäftigten nimmt, aus finanziellen Gründen krank zur Arbeit zu gehen. Wer krank ist, ist krank – und hat nichts auf Arbeit zu suchen“, erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer am 9. Januar 2025. „Wer aus finanziellen Gründen krank zur Arbeit geht, gefährdet seine eigene Gesundheit und die seiner Kolleginnen und Kollegen. Nicht nur durch Ansteckungsgefahr, auch das Risiko für Arbeitsunfälle steigt enorm. Ganz zu schweigen davon, dass natürlich auch die Produktivität der Beschäftigten leidet, wenn sie nicht fit sind.“

Bereits jetzt würden viele Beschäftigte krank zur Arbeit gehen. „Teils aus Angst um den Arbeitsplatz, teils aus falsch verstandenem Pflichtbewusstsein, weil sie die Arbeitsbelastung für ihre Kolleginnen und Kollegen nicht noch weiter da ist. Gerade das zweite Phänomen erleben wir im öffentlichen Dienst viel zu häufig, weil bekanntlich 570.000 Beschäftigte fehlen“, erklärte Geyer. „Die Einführung von ‚Karenztagen‘, also dem Einsetzen der Entgelt-

fortzahlung im Krankheitsfall erst ab dem zweiten Krankheitstag, ist der komplett falsche Weg. Was wir brauchen, ist eine bessere Prävention, ein besserer Arbeits- und Gesundheitsschutz. Hier sind die Arbeitgebenden in der Pflicht.“

Die angeblichen Höchststände bei den Krankheitstagen seien größtenteils Folge einer Statistikumstellung, erklärte Geyer: „Laut Bundesärztekammer und einer neuen Studie der Krankenkasse DAK-Gesundheit ist nicht häufiges Blaumachen der Grund, sondern es sind weit überwiegend die neue digitale Krankmeldung, mit der jetzt alle Erkrankungstage erfasst werden. Auch verstärkte Infektionen mit Erkältungskrankheiten nach der Corona-Pandemie spielen eine Rolle. Darüber hinaus zeigen Zahlen der OECD im internationalen Vergleich weder einen besonderen Anstieg, noch eine deutlich höhere Zahl von Krankheitstagen in Deutschland. Folge eines Karenztages wäre darüber hinaus, dass die ohnehin schon überlasteten Praxen der Hausärztinnen und Hausärzte noch stärker in Anspruch genommen werden. Auch die Kosten der Krankenkassen würden steigen.“

Zahlen, Daten, Fakten

dbb Monitor öffentlicher Dienst 2025 erschienen: Der Personalmangel wächst

Mit dem Monitor öffentlicher Dienst 2025 des dbb beamtenbund und tarifunion liegt eine detaillierte Sammlung zu zentralen Kennzahlen des öffentlichen Sektors in Deutschland vor.

09. Januar 2025 Politik & Positionen
 „Die zusammengestellten Zahlen und Fakten zeigen aktuelle Probleme unserer Gesellschaft. Zentral dabei: Dem öffentlichen Dienst fehlen 570.000 Beschäftigte – etwa 20.000 mehr als im Jahr zuvor“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 9. Januar 2025. „Für Fachkräftemangel, demografischen Wandel, eine herausfordernde innen- und außenpolitische Sicherheitslage und für das –

aus Bürgersicht – bürokratische Dickicht, mit dem sich jeder und jede Einzelne auseinanderzusetzen hat, sobald er oder sie es mit dem Staat zu tun bekommt: Für all das können Politik, Dienst- und Arbeitgebende weiterhin keine hinreichenden Lösungen liefern.“

Das spiegelt sich auch im mangelnden Zutrauen der Bevölkerung in die Leistungsfähig-

keit des Staates wider: Laut dbb Bürgerbefragung 2024, sind gerade noch 25 Prozent der Befragten überzeugt, dass der Staat handlungsfähig ist und seine Aufgaben angemessen erfüllen kann. „Sie unterscheiden dabei klar zwischen den staatlichen Institutionen und ihren Beschäftigten“, so Silberbach.

So belegten auch im Jahr 2024 die Berufe des öffentlichen Dienstes wieder die Top-Plätze im Beruferanking, allen voran die Feuerwehrmänner und -frauen. Das Vertrauen in Berufsgruppen wie Richter und Richterinnen sowie Soldatinnen und Soldaten stieg im Vergleich zu den Vorjahren sogar sprunghaft an. Andererseits fühlen sich Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im Vergleich stärker psychisch belastet.

Der dbb Monitor öffentlicher Dienst 2025 liefert erneut Informationen zur Situation der Auszubildenden, über einen Trend zur Verjüngung des Personalstammes und die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen. Die Sammlung will den vertiefenden Blick in Fachbücher nicht ersetzen, die zu allen Themen des Tarif- und Beamtenrechts des Bundes und der Länder über den DBB Verlag ständig aktualisiert erhältlich sind. Aufbauend auf den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter, auf Informationen der Bundesministerien und auf der Grundlage eigener Berechnungen bleibt der dbb Monitor öffentlicher Dienst ein praktisches und unverzichtbares Nachschlagewerk.

Den aktuellen Monitor öffentlicher Dienst gibt es als [PDF auf www.dbb.de](https://www.dbb.de).

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

BBW trauert um seinen Ehrenvorsitzenden Horst Bäuerle

Horst Bäuerle, Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse und des Verdienstordens des Landes Baden-Württemberg, ist am 27. Dezember 2024 im Alter von 88 Jahren verstorben ist.

Der BBW Vorsitzende Kai Rosenberger würdigte Bäuerle und sein Engagement für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes: „Als Vorsitzender stand Horst Bäuerle von 1991 bis 2003 an der Spitze des gewerkschaftlichen Dachverbands und prägte diesen maßgeblich mit. Zuvor gehörte er bereits zwölf Jahre als stellvertretender Vorsitzender der Landesleitung des BBW an.

In einer Zeit, die zunehmend von einseitigen Sparmaßnahmen gegen den öffentlichen Dienst geprägt war, vertrat er mit großem Engagement und Kampfgeist die Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Er verschaffte sich stets Gehör bei der Landespolitik und scheute auch keinen Konflikt in der Auseinandersetzung mit der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen. Zugleich verstand es Horst Bäuerle einer breiten Öffentlichkeit die Bedeutung eines funktionierenden öffentlichen Dienstes für das Land und die Gesellschaft deutlich zu machen. Damit hat er entscheidend zur Anerkennung der Arbeit der öffentlich Beschäftigten bei den Bürgerinnen und Bürgern beigetragen. Für die Politik war er

als prägende Gestalt in der interessensgeleiteten Auseinandersetzung ein geachteter und respektierter Gesprächspartner. Mit seinem Temperament, seiner Charakterstärke und seiner Durchsetzungskraft bestimmte er mit großem Erfolg die Gewerkschaftsarbeit nach innen und nach außen.

Auch im Bereich der Mitgliedsverbände des BBW hat sich Horst Bäuerle von Anfang an engagiert. 1972 als Vorsitzender des Ausschusses Technik im BBW und 1973 als Mitbegründer und nachfolgend als langjähriger Vorsitzender des BTB (heute BTBkombi) in Baden-Württemberg. Die Belange der technischen Berufe im öffentlichen Dienst waren ihm ein besonderes Anliegen. Dafür hat er sich auch als Vizepräsident der Ingenieurkammer Baden-Württemberg stark gemacht.

Auf Bundesebene, beim dbb beamtenbund und tarifunion, vertrat Horst Bäuerle von 1981 bis 2003 die BBW-Interessen im Bundesvorstand und im Bundeshauptvorstand. Auch hier erwarb er sich schnell Vertrauen und Ansehen,

zunächst als Mitglied der Kommission für Be-
soldung und Versorgung, dann als Vorsitzen-
der der Kommission für Mitbestimmung, Perso-
nalvertretungs- und Betriebsverfassungsrecht
und insbesondere als Sprecher der dbb-Lan-
desbünde.

Auch über die Grenzen der Bundesrepublik
Deutschland hinaus reichte sein gewerkschaft-
liches Engagement. Er war Initiator für einen
regelmäßigen Austausch mit der Vertretung
des Öffentlichen Dienstes der Schweiz, dem
ZV Schweiz, den seine Nachfolger bis heute
pflegen.

Bei der Darstellung des BBW in den Medien
hat Horst Bäuerle Zeichen gesetzt. Er scheute
keine Mühe, um dem öffentlichen Dienst in der
Presse eine Stimme zu verschaffen. Sein En-
gagement sorgte dafür, dass der Stellenwert

des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäf-
tigten samt seiner gewerkschaftlichen Vertre-
tung BBW in der Berichterstattung der Medien
über die Jahre hinweg zunehmend an Bedeu-
tung gewonnen hat.

Aktiv mitgestaltet hat Horst Bäuerle die Medi-
enlandschaft von 1986 bis 1993 als Mitglied
des Medienrates bei der Landesanstalt für
Kommunikation und anschließend als Mitglied
des Rundfunkrates beim SDR. Von 1998 - der
Fusion von SDR und SWF- bis 2009 war er
Vorsitzender des Landesrundfunkrates Baden-
Württemberg im SWR.

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion wird
Horst Bäuerle stets ein ehrendes Andenken
bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner
Familie.“

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) **Aufruf zu einem weiteren Streik bei der Deutschen Post**

Die DPVKOM hat vom 9. bis 11. Januar 2025 zu 8 weiteren Streiks bei der Deutschen Post AG aufgerufen.

Betroffen ist die Niederlassung Betrieb Karls-
ruhe der Deutschen Post AG gestreikt. Nach
einer ersten Streikaktion in der Niederlassung
Betrieb Magdeburg wird die Fachgewerkschaft
DPVKOM mit diesem nun 60-stündigen Streik
im Rahmen der Entgeltrunde 2025 für die rund
170.000 Tarifbeschäftigten und Auszubilden-
den des Unternehmens erneut ein deutliches
und starkes Zeichen für die geforderte prozen-
tuale Entgeltsteigerung von mindestens 8 Pro-
zent setzen.

Von dem Streik sind mehrere Betriebsstätten
in der Niederlassung Betrieb Karlsruhe betref-
fen – hierzu zählen unter anderem die Paket-
zustellbasis in Knielingen oder auch Zu-
stellstützpunkte in Rastatt, Bad Bergzabern
oder auch Landau. Dadurch werden in den Ge-
bieten Nordbaden und Südpfalz in den kom-
menden Tagen bis zu 20.000 Pakete und mehr
als 10.000 Briefe nicht zugestellt.

Die DPVKOM fordert neben der linearen Ent-
gelterhöhung von mindestens 8 Prozent eine
Mindesthöhung der Monatsentgelte um 350
Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Au-
ßerdem fordert sie die Zahlung eines Urlaubsgel-
des in Höhe eines Monatsgehalts, und zwar
ab dem ersten Beschäftigungsjahr. Die Tarif-
forderungen sind vollauf gerechtfertigt, da es
dem Unternehmen wirtschaftlich weiterhin sehr
gut geht. Für die gute Geschäftsentwicklung
sind in erster Linie die Beschäftigten verant-
wortlich, die unter schwierigen Arbeitsbedin-
gungen bis ans Limit und darüber hinaus arbei-
ten. Außerdem wird die Deutsche Post ihre
gravierenden Personalprobleme nur dann lö-
sen, wenn sie den Beschäftigten deutlich hö-
here Löhne zahlt. Ein Einstiegsgehalt von rund
2.700 Euro brutto für Zustellerinnen und Zu-
steller ist angesichts der harten Arbeitsbedin-
gungen in der Zustellung viel zu gering. Damit
kann kein neues Personal gewonnen werden.

Namen und Nachrichten

Der **dbb** hat am 8. Januar 2025 seine Forderungen für die Einkommensrunde bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) bekanntgegeben: Erhöhung der Tabellenentgelte im TV-BA um 8 Prozent, mindestens 350 Euro; Erweiterung des Urlaubsanspruchs um weitere drei Tage; zusätzlicher freier Tag für Mitglieder vertrags-schließender Gewerkschaften; Langzeitkonto mit freier Entnahmemöglichkeit und durch die Arbeitnehmenden und Buchungsmöglichkeiten für: Entgelterhöhungen, Zusätzliche freie Tage, Überstunden, Zeitzuschläge, Teile der Jahres-sonderzahlung; Erhöhung der Zeitzuschläge sowie Schicht- und Wechselschichtzulagen; Erhöhung der Ausbildungsvergütungen für

Auszubildende und Studierende um 200 Euro; Laufzeit jeweils 12 Monate; Neuregelungen der Altersteilzeitarbeit. Des Weiteren erwartet der dbb von der Bundesagentur für Arbeit: Finanzielle Aufwertung in den Bereichen Teamleitung, Fallmanagement und Integrationsberatung; Anerkennung von Kinderbetreuungszeiten von 39 Wochen auf die Stufenlaufzeiten; Überstundenzuschläge bei Überschreitung der individuellen wöchentlichen Arbeitszeit bei Teilzeitbeschäftigten; Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Termine:

24. Januar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 1. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

17. - 18. Februar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

14. - 16. März 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de
